

„Erlaubt, was nicht verboten“

Ost-Berlin hat eine neue Regierung, aber noch keine starke Führung. Während Ministerpräsident Modrow Reformen versprach, ohne sie näher zu benennen, be-

gab sich das Volk auf Westreise; es wird vom Verlangen nach wirklich freien Wahlen und nach Bestrafung der Schuldigen für die Wirtschaftsmisere nicht lassen.

Unsere führende Rolle müssen wir besser wahrnehmen, aber wir sind nicht bereit, sie abzugeben.

EGON KRENZ VOR DER SED-FRAKTION

Es war, als rutschten 40 Jahre Sozialismus plötzlich unter unseren Füßen weg.

HORST SINDERMANN VOR DER VOLKSKAMMER

Es rutscht noch immer im Staate DDR. Auch nach Öffnung der Grenzen muß die Staatspartei um die führende Rolle fürchten, die sie nur noch in der Verfassung hat. Hans Modrow ist ihr letztes Aufgebot.

Der promovierte Maschinenschlosser steht vor der Quadratur des Kreises. Persönlich unbelastet, aber Repräsentant der SED, soll er

- ▷ die SED an der Macht halten, gleichzeitig aber diese Macht durch freie Wahlen und Verfassungsänderung zur Disposition stellen;
- ▷ die staatliche Bespitzerei beenden, gleichzeitig aber die Kontrolle über das Volk nicht verlieren;
- ▷ die marode Wirtschaft sanieren, gleichzeitig aber die Herrschaft der Partei über die Produktionsmittel erhalten.

Noch versucht sich SED-Generalsekretär Egon Krenz mit kraftvollen „Wende“-Sprüchen zu retten. Sie werden ihm weder im Volk noch bei der eigenen Basis geglaubt.

Sein Agitator Günter Schabowski steht unübersehbar hinter ihm. Wenn Krenz fällt, wird Schabowski sich mit Hans Modrow zu arrangieren wissen, den zum Ministerpräsidenten vorzuschlagen der bislang klügste Schachzug der vom Volk verlassen SED-Führung war.

Dem bisherigen Dresdner SED-Bezirkschef nimmt man immerhin ab, daß er machen will, was er sagt. Aber ist, was er sagt, auch machbar?

„Wir brauchen ein neues Antlitz, ohne Kalk aus Wandlitz“ – so hieß es am 4. November, als das Volk auf dem Alexanderplatz in Berlin eine andere deutsche demokratische Republik ausrief. Reihenweise wurde seither die Nomenklatura ausgewechselt: nach und nach alle Bezirkssekretäre, und auf einen Schlag wurden 27 abgehalfterte Größen, von denen viele in der Prominentensiedlung Wandlitz wohnten, aus der Volkskammer geworfen.

Neue Gesichter bekommt das Land, 9 der künftig 28 Regierungsmitglieder wirken allerdings schon leicht verbraucht –

sie gehörten bereits dem letzten Willi-Stopf-Kabinet an. Der Außenminister heißt weiter Oskar Fischer – nicht, wie kurz erwogen wurde, Manfred Stolpe, einer der führenden Männer der seit Jahren auf Reformen drängenden evangelischen Kirche. Der Justizminister heißt weiter Hans-Joachim Hensinger (LDPD) – und nicht Wolfgang Vogel, der in Menschenrechtsfragen erfahrene Anwalt, oder dessen Kollege Gregor Gysi, der das „Neue Forum“ berät.

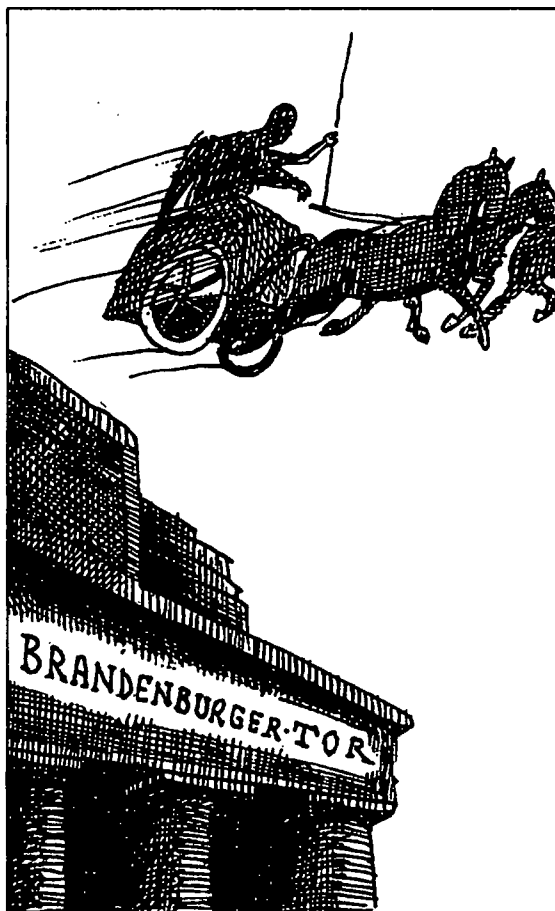
Doch die ersten Eingeständnisse und Ankündigungen des neuen Regierungschefs lassen aufhorchen. Der DDR-Staatshaushalt ist völlig durcheinander – erst jetzt sollen die Regeln ehrlicher Kaufleute für die Buchführung gelten. Modrow verspricht mehr Rechtssicherheit, ein Gesetz für Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, ein Wahl-, Medien- und ein Paßgesetz und die Abgrenzung von Legislative, Exekutive und Jurisdiktion – Gewaltenteilung wie im Westen?

Ein Lichtblick: die Umwandlung des verhaßten Stasi-Ministeriums in ein Amt für Nationale Sicherheit. Und für DDR-Ohren ganz neu das Versprechen, künftig solle dem Bürger „alles erlaubt sein, was nicht ausdrücklich verboten“ ist, dem Staat hingegen nur, „was ihm gesetzlich gestattet ist“ (Modrow).

Aber die Misere bleibt, das Mißtrauen auch. Hans Modrow ist das letzte Friedensangebot der SED ans unruhige Volk.

Was ändert sich, wenn die alte Planwirtschaft lediglich umbenannt wird in eine Art sozialistischer Marktwirtschaft und aus einigen Staatsbetrieben Privatfirmen werden? Nichts – solange die Herrschaft der Parteibürokratie über die Produktionsmittel erhalten bleibt.

Was ändert sich, wenn das Regime der Spitzel und Schnüffler in der Ost-Republik gelockert, aber



The Independent, London



Rivalen Krenz, Modrow: Kluger Schachzug der vom Volk verlassenen SED-Führung

nicht abgeschafft wird? Nichts – solange die Aktentaschenträger des alten auch die Aktentaschenträger des neuen Apparats sind.

Die „führende Rolle“ seiner Partei im deutschen Ost-Staat beansprucht auch der neue Regierungschef, ungerührt von der Stimmung im Volk. Zwar hält die SED im Kabinett Modrow nur noch 16 von 27 Ministerposten, früher waren es 39 von 43. Aber alle wichtigen Ressorts bleiben unter sozialistischer Kuratel: die Ministerien für Inneres und Äußeres, für Verteidigung, Kultur, Finanzen, Bildung und Jugend, die Plankommission sowie das Amt für Nationale Sicherheit.

Die Kompetenz für die DDR-Ökonomie verlagerte das SED-Politbüromitglied Modrow auf den Ministerpräsidenten Modrow.

Unter Honecker hatte ZK-Sekretär Mittag, der dem Ministerrat gar nicht angehörte, alle Macht und alle Kontrolle über die ostdeutsche Wirtschaft, einen Minister für Wirtschaft gab es nicht. Jetzt sitzt im Politbüro als Partei-Aufseher mit Wolfgang Rauchfuß ein Nobody, im Kabinett Modrow gibt es dafür das Amt eines „Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates für Wirtschaft“.

Modrow besetzt den Posten, dem systemübergreifenden Drang zur Quote folgend, mit einer SED-Frau – der

51jährigen Christa Luft, einer renommierten Wissenschaftlerin. Die Rektorin der Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner“ in Ost-Berlin ist von der diskreditierten Praxis des Günter Mittag völlig unbelastet.

Der Ministerpräsident machte auch klar, mit wem er sich künftig gutstellen will: Der neue CDU-Vorsitzende Lothar de Maizière rückte zum stellvertretenden Ministerpräsidenten „für Kirchenfragen“ auf. Anders als der Ex-Vorsitzende Gerald Götting, zu dem die evangelische Kirche wegen dessen SED-Hörigkeit möglichst jede Berührung vermied, ist der Rechtsanwalt aus Ost-Berlin ein allseits angesehener Mann von untadeligem Ruf, der Kirche als Synodaler eng verbunden.

Doch Modrow wird es schwer haben, Filz und Parteibürokratie zu überwinden und der Verwaltung den Mut zu bürger-nahen Entschlüssen beizubringen. Will Modrow in seinem roten Preußen wirklich Demokratie wagen, muß er sie auf allen Ebenen verwirklichen.

Modrow gehört bislang zu den wenigen SED-Größen, die im Volk wirklich beliebt sind. Sympathien erwarb er sich schon dadurch, daß er und seine Ehefrau nicht die von der Stasi abgeschirmte SED-Dienstvilla, sondern eine Vier-Zimmer-Wohnung im neunten Stock einer Mietskaserne in der Pfitenhauer-

straße 22, nicht weit vom Elbufer, bezogen, daß er mit seinen Nachbarn Hausfeste feierte und – statt sich in Devisen-shops mit westlichem Sortiment zu versorgen – lieber in der Kaufhalle um die Ecke Schlange stand.

Der kleine 61jährige mischt sich gern unters Volk. Dreimal wöchentlich geht er zusammen mit seinem Fahrer ins benachbarte Hallenbad auf eine 2000-Meter-Strecke. An Wochenenden joggt der „Verdiente Meister des Sports“ zehn bis zwölf Kilometer am Elbufer.

Am liebsten, so verriet er dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau, würde er auch in Berlin statt in der Dienstvilla bei den Leuten wohnen. Ins SED-Gerontokraten-Zentrum Wandlitz will er sich nicht sperren lassen.

Dabei ist die Karriere des am 27. Januar 1928 in Jasenitz, Kreis Ueckermünde, geborenen Arbeiterkindes die eines Funktionärs. Gleich nach dem Eintritt in die Partei 1949 wird er Abteilungsleiter und Sekretär im FDJ-Landesvorstand Brandenburg, vier Jahre später Erster Sekretär der Berliner FDJ-Bezirksleitung, 1961 Erster Sekretär der SED-Kreisleitung von Berlin-Köpenick, 1967 – nach neunjähriger Wartezeit als Kandidat – ZK-Mitglied.

Zum Partei-Establishment hält Modrow geschickt Distanz. Er verkehrt mit

Wer zurückfährt, ist willkommen

SPIEGEL-Umfrage in der Bundesrepublik über die Entwicklung in der DDR, über Besucher und Übersiedler

Wird Hans Modrow der deutsche Gorbatschow? Darüber wurde in Ost und West schon diskutiert und spekuliert, als der 61jährige SED-Funktionär noch Parteichef des Bezirks Dresden war, lange bevor er ins Politbüro aufrückte und als Regierungschef nach Ost-Berlin ging.

Bei den Bundesbürgern ist Modrow bereits so populär wie Gorbatschow. Das ergab vorige Woche eine SPIEGEL-Umfrage des Emnid-Instituts. Auf einer Sympathieskala mit Werten von +5 bis

Der frühere Berliner SED-Bezirkschef und heutige SED-Informationsschef Günter Schabowski, der oft auftritt und sich nicht wie ein Politbürokrat aufführt, liegt bei +0.5, der Staats- und SED-Chef Egon Krenz bei -0.7 Punkten.

Auch mit seinem Minuswert ist Honeckers langjähriger Kronprinz Krenz weit von dem Tief entfernt, in dem sich sein Vorgänger befand. Emnid ermittelte im Mai für Honecker -2.7 Punkte.

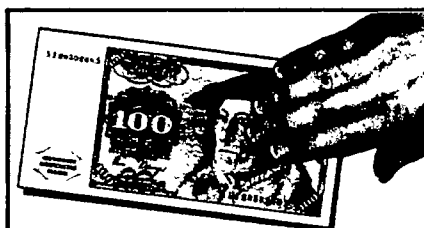
In seiner ersten Umfrage nach der Öffnung der Grenzen erforschte das Bielefelder Institut auch die Einstellung zu den vermutlich 10 Millionen DDR-Bürgern (so viele haben Visa erstanden), die mit Kind und Kegel bis Ende des Jahres West-Berlin oder die Bundesrepublik besuchen werden, und zu der Viertelmillion, die in diesem Jahr bislang aus der DDR in den Westen übersiedelt ist.

Nie zuvor hat Emnid einen so hohen Sympathiewert (+3.9 von 5 möglichen Pluspunkten) für irgendeine Gruppe oder für irgendeinen Politiker ermittelt wie jetzt für die Deutschen von drüben, die seit dem 9. November über die offene Grenze her und hin schwappen, meist am selben Tage oder mit einer Nacht zwischen den Fahrten, die sie im „Trabi“, bei Verwandten oder bei wildfremden Gastgebern verbringen.

Die beispiellos schnelle Entwicklung im anderen deutschen Staat spiegelt sich auch in den Ergebnissen der drei Umfragen, mit denen Emnid die bundesdeutsche Volksmeinung über diese gewaltlose Revolution erforschte.

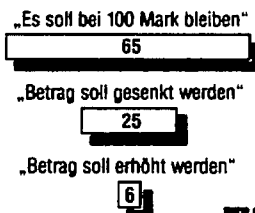
Unmittelbar nach Honeckers Sturz (am 18. Oktober) erwartete nur jeder dritte Befragte, daß die SED den Reiseverkehr in den Westen freigeben werde.

Auf die Frage, welche Politik die SED wohl künftig betreiben werde, antworteten zunächst 22, später 10 und nunmehr



WEITERHIN 100 MARK?

Emnid fragte: „Besucher aus der DDR bekommen bei uns pro Jahr 100 Mark Begrüßungsgeld. Soll es bei diesem Betrag bleiben, soll er erhöht oder soll er gesenkt werden?“ Das Ergebnis (in Prozent):



– 5 ermittelte Emnid für Modrow 2.3 Punkte. Für den sowjetischen Staats- und KP-Chef waren es zuletzt, im Mai, 2.2 Punkte gewesen.

Modrows Ansehen ist bei Anhängern aller Bundestagsparteien etwa gleich groß, sogar die Ansichten der CDU/CSU- und der Grün-Wähler differieren nur um zwei Zehntelpunkte.

Die Popularität des neuen Regierungschefs kann sich bereits in seinen ersten Amtswochen weiter erhöhen, denn 27 von 100 Bundesbürgern kennen ihn noch nicht.

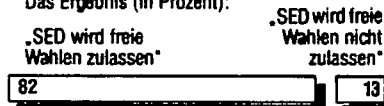
Modrow ist den Bundesbürgern fast so sympathisch wie Bärbel Bohley, Sprecherin des „Neuen Forum“ und im Westen bekannteste Figur der Opposition (+2.5 Punkte, „unbekannt“: 30 Prozent).

Emnid fragte noch nach zwei weiteren SED-Politikern. Die Ergebnisse zeigen, daß die meisten Bundesbürger deutlich differenzieren.



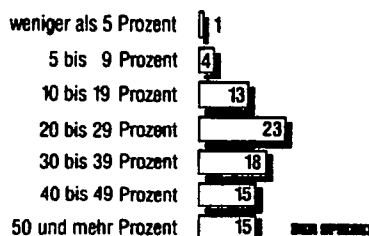
SED ZU FREIEN WAHLEN BEREIT?

Emnid fragte: „Wird die SED bereit sein, freie Wahlen zuzulassen?“ Das Ergebnis (in Prozent):



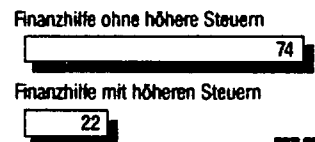
Emnid fragte ferner: „Wenn es freie Wahlen in der DDR geben würde, wieviel Prozent der Stimmen würde die SED Ihrer Meinung nach bekommen?“

Von je 100 Befragten erwarten einen Stimmen-Anteil der SED von



HÖHERE STEUERN, UM DER DDR ZU HELFEN?

In welchem Maße soll Bonn der DDR Finanzhilfe gewähren, wenn es dort „zu weitgehenden Reformen kommt“? Emnid fragte, ob die Finanzhilfe „im Rahmen der jetzigen Möglichkeiten oder in größerem Umfang erfolgen soll“; dann wäre „mit höherer Belastung der Bundesbürger, zum Beispiel durch höhere Steuern oder Sonderabgaben“ zu rechnen. Das Ergebnis (in Prozent):



nur noch 4 Prozent, sie rechneten mit einem „harten Kurs“. Vor der Öffnung der Grenzen überzog die Meinung, die SED werde sich nur zu so wenigen Reformen entschließen, wie sie für notwendig halte, um ihre Macht zu bewahren. Seither herrscht die Meinung vor, die SED sei zu weiteren weitgehenden Reformen bereit.

Vor vier Wochen glaubten nur 20 Prozent, daß die SED freie Wahlen zulassen werde, nunmehr sind es 82 Prozent. In diesem Optimismus gibt es kaum Unterschiede zwischen den Anhängern der Bonner Parteien, beispielsweise stimmen 91 Prozent der Grün- und 80 Prozent der CDU/CSU-Anhänger in diesem Punkt überein.

Doch darüber, wie es in der DDR weitergehen werde, driften die Meinungen der Bundesbürger weit auseinander. Das zeigen schon die Antworten auf die Frage, wie viele Stimmen die SED bei einer freien Wahl wohl bekommen werde. Am

häufigsten wurde eine Zahl zwischen 20 und 29 Prozent genannt.

Wie skeptisch die Bundesbürger die weitere Entwicklung in der DDR beurteilen, offenbarte sich, als sie sich darüber äußern sollten, „ob in der DDR in 5 bis 10 Jahren ein westlicher Lebensstandard erreicht werden kann, wenn die DDR sich wirtschaftlich dem Westen öffnet“. 57 Prozent bejahten, 39 Prozent verneinten diese Frage.

Emnid bat auch um Prognosen über den künftigen Strom von Übersiedlern aus der DDR in den Westen und den Gegenstrom von enttäuschten Heimkehrern in die DDR.

79 Prozent der Befragten nehmen an, daß sich die Zahl der Übersiedler vermindert („Bleibt gleich“: 10 Prozent, „Erhöht sich“: 9 Prozent).

Und auf die Frage, wie viele Übersiedler wohl in die DDR zurückkehren werden, antworteten 14 Prozent „sehr wenig“ und 41 Prozent „eine kleine Minder-

hiesige Deutsche machen: Während Besucher mit +3,9 Punkten hoch im Kurs stehen, sind Übersiedler mit +2,5 Punkten bei weitem nicht so populär.

Die hiesigen Chancen der Übersiedler werden heute noch skeptischer beurteilt als vor wenigen Wochen, wie der Vergleich der neuen Umfrage mit einer früheren zeigt:

Nicht mehr 39, sondern 57 Prozent rechnen damit, daß sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt „durch den Zustrom verschärfen wird“. Und die Mehrheit, die eine Zuspitzung der Situation auf dem Wohnungsmarkt erwartet, ist binnen weniger Wochen von 64 auf 81 Prozent gestiegen.

Schon heute ist ziemlich sicher, daß die zahlreichen Aspekte des Themas DDR im nächstjährigen Wahlkampf von Belang sein werden. Deshalb fragte Emnid: „Welche Partei ist am besten geeignet, die Politik gegenüber der DDR vernünftig zu regeln?“



AUF DEM WEG ZUR WIEDERVEREINIGUNG?

Emnid fragte „wie die Beziehungen der Bundesrepublik zur DDR in einigen Jahren sein werden“, und stellte drei Antworten zur Wahl. Das Ergebnis (in Prozent):

„Die Beziehungen werden besser sein als früher, aber die Bundesrepublik wird nach Westen, die DDR nach Osten orientiert bleiben“

25

„Die Beziehungen werden weit besser sein als früher, etwa so wie zu Österreich und der Schweiz“

44

„Die Beziehungen werden sich so gut entwickeln, daß eine Wiedervereinigung möglich erscheint“

27

DER SPIEGEL

heit“, aber 23 Prozent rechnen mit „einer großen Minderheit“ und 21 Prozent sogar „mit etwa der Hälfte“.

Da ist Wunschenken im Spiel. Wer aus der DDR kommt, wird von vielen hierzulande nur gern gesehen, wenn er wieder geht. Die weitverbreitete Aversion gegen einen weiteren Zustrom zeigte sich besonders deutlich, als die Emnid-Interviewer ein Beispiel schilderten:

„Ein Facharbeiter der DDR möchte in die Bundesrepublik übersiedeln. Er ist verheiratet, hat zwei Kinder und keine Verwandten in der Bundesrepublik. Arbeit würde er hier schnell bekommen.“

Nur 26 Prozent würden ihm raten, in den Westen zu kommen. 62 Prozent würden ihm hingegen empfehlen, in der DDR zu bleiben. Mehrheiten in dieser Größenordnung gibt es unter den Bundesbürgern jedweder politischen Einstellung.

Auch auf der Sympathieskala zeigt sich deutlich der Unterschied, den viele

Seit der erfolgreichen Ostpolitik der Brandt-Regierung wurde auf entsprechende Fragen immer die SPD am häufigsten genannt.

Dabei ist es geblieben. Das Ergebnis der vorigen Woche: 35 Prozent halten die SPD für kompetent. 29 Prozent die CDU/CSU, 4 Prozent die FDP und je 1 Prozent die Grünen und die Republikaner.

Aber 30 Prozent der Befragten – mehr als jemals zuvor – konnten oder wollten überhaupt keine Partei nennen. Zumindest diese Bundesbürger hat bislang noch keine Partei davon überzeugen können, daß sie unter den neuen Bedingungen eine deutsch-deutsche Politik besser zu betreiben vermag als die anderen.

Am schwersten fiel es den FDP-Anhängern, diese Frage zu beantworten: Je ein Viertel erklärte die CDU/CSU, die SPD, die eigene oder aber gar keine Partei für kompetent.

Künstlern und Wissenschaftlern, nennt den inzwischen unter die Schriftsteller gegangenen Ex-Spionagechef Markus Wolf „meinen Freund“ – wie dieser ihn (siehe SPIEGEL-Gespräch Seite 33). Bald spricht es sich in der SED herum, daß der „pommersche Dickschädel“ (Modrow über Modrow) in vielen Fragen mit seinen Oberen über Kreuz liegt. Schon 1952 bescheinigt ihm sein Ausbilder an der Moskauer Komsomol-Hochschule: „Ihre Meinung entspricht nicht der offiziellen Meinung des Komsomol. Aber für die Logik Ihrer Argumente bekommen Sie ein „Vorzüglich“.“

Die Karriere bekommt 1973 einen Knick, als Modrow vom Posten des ZK-Abteilungsleiters für Agitation in die Provinz abgeschoben wird. Von Dresden aus führt er mit dem allmächtigen Chef der SED-Wirtschaft, Günter Mittag, eine Dauerfehde. Der empfindet die Vorschläge des Provinz-Parteichefs als Angriff auf die Allzuständigkeit der Berliner Zentrale und damit sich selbst.

Noch Anfang dieses Jahres schlug Mittag zurück. Eine von ihm abkommandierte 120köpfige Untersuchungskommission durchwühlte Modrows Parteiapparat – mangelhafte „politische Massenarbeit“, so lautete weisungsgemäß das im Juni vom *Neuen Deutschland* veröffentlichte Urteil.

Modrow überstand die Attacke. In der Partei, so berichteten Erich Mielkes Späher schon vor Wochen nach Berlin, würde es einen „offenen Aufruhr“ geben, sollte Modrow abgelöst werden.

Auch die Berliner Wende-Strategen Krenz, Schabowski und Wolfgang Herger kamen an Modrow nicht vorbei, als sie den Neubeginn planten. Sie wollten ihm zuerst das seit dem Rauswurf Joachim Herrmanns verwaiste ZK-Sekretariat für Agitation und Propaganda übertragen – doch Modrow wollte nicht ins zweite Glied, sondern „lieber mit den Enkeln auf den Elbwiesen Fußball“ spielen.

Auch das Ansinnen, die marode DDR-Wirtschaft als ZK-Sekretär und Nachfolger des Ex-Rivalen Mittag zu sanieren, reizte den Ökonomen nicht: Er habe, ließ er Vertraute wissen, keine Lust, sich im Berliner SED-Apparat verschleifen zu lassen.

Um den Sympathieträger der DDR-Bürger einzubinden, mußten Krenz und Schabowski das Angebot erhöhen. Als Vorsitzender des Ministerrats hat Modrow nun die Gesamtkompetenz zur Reform von Gesellschaft und Wirtschaft und ist damit Gegenspieler der eher zögerlichen Wendehälsa Krenz und Schabowski.

Die hatten, wie sich jetzt SED-Spitzengeossen in Ost-Berlin erzählen, ihren Coup seit längerem, wenn auch zunächst ohne Datum und ohne Details, geplant. Schon Anfang Januar 1989 hat-

Sagen, was ist

RUDOLF AUGSTEIN

Es mag von Bonner Seite aus taktisch klug sein zu erklären, die Deutschen wollten gar keine Wieder- oder Neuvereinigung und sie zögen in jedem Fall ein vereinigtes Europa einem vereinigten Deutschland vor. Taktisch klug mag das sein. Aber die Wahrheit ist es nicht.

Taktisch unklug, obschon die Wahrheit, ist es, den Deutschen von außen immer wieder zu versichern, daß man alle nur denkbaren Verzögerungsmittel einsetzen wird, um eine Neu-Vereinigung zu verhindern. Die letzten Wochen haben gezeigt, wie spontan Volkes Wille sein kann. Da wird man wenig Vorsorge treffen können.

Es gibt auch keinen Grund, den jetzigen Deutschen etwas vorzuenthalten, was alle anderen, namentlich die vier Alliierten, als selbstverständlich in Anspruch nehmen. „Deutsche, wir können stolz sein auf unser Land“, hat Willy Brandt 1972 im Wahlkampf plakatieren lassen. Nun, wir waren nicht stolz und sind es immer noch nicht. Aber welches Deutschland haben Adenauer und Dulles gemeint, als sie die Russen zurückdrängen wollten, und welches Willy Brandt?

Nicht wir stellen die Grenzen der DDR in Frage. Das hat die Regierung der DDR, eine SED-beherrschte Regierung, selbst getan. Sie hat unter, zugegeben, schwierigen Rahmenbedingungen ihre Grenzen selbst durchlächelt und aufgeweicht. Ob sie ihren Staat vor der Auflösung bewahren kann, weiß niemand.

Ob die Deutschen eine Konföderation, einen Bundesstaat oder zwei Staaten wollen, geht zuvörderst sie und nicht die anderen Staaten an. Es ist ja gar nicht gesagt, daß die Westdeutschen die Nato verlassen wollen, sowenig gesagt ist, daß die Russen Ost-Berlin und damit die DDR aufgeben. Gebraucht wird ein „Cordon sanitaire“ *irgendwann*, wenn niemand mehr Grund hat, sich bedroht zu fühlen. Wer aber will den „Cordon sanitaire“ hindern, in die EG zu streben?

Die Polen fürchten zu Recht, daß jene Milliarden, auf die sie erpicht sind, in die DDR fließen. Aber umgekehrt wird der Schuh genäht: Nur eine gesamtdeutsche Wirtschaftsgemeinschaft wird jene Milliarden aufbringen, die Polen braucht.

Polen ist am meisten Unrecht getan worden, aber schließlich sitzt es unbedroht in ehemals deutschen Gebieten. Die Rechnung, daß alle, außer den

Deutschen, ihre Interessen wahrnehmen dürfen, wird nicht aufgehen. Man wird von den Westdeutschen nicht verlangen können, daß sie der EG eilbedürftig unsachliche Zugeständnisse machen, nur damit die Ostdeutschen nicht dazukommen.

Der Gedanke, die Restdeutschen in einer Wirtschaftsgemeinschaft vereinigt zu sehen, mag vielen unbehaglich sein. Aber sogar Henry Kissinger, Realist, der er ist, hält die Entwicklung für unvermeidlich. Er sieht sehr wohl, daß eine aus freien Wahlen hervorgegangene DDR-Regierung für sich bleiben und vielleicht einen „Anschluß“ scheuen könnte. Für wahrscheinlich hält er das aber nicht.

Der Ost-Staat kann gar keiner werden, wenn die vier Alliierten in Berlin bleiben. Sind sie aber erst einmal weg, aufgrund erfolgreicher Abrüstungsverhandlungen, gibt es für die übriggebliebenen Deutschen nicht den mindesten Grund, sich nicht zusammenzutun. Das werden erst die Ostdeutschen und dann wir entscheiden.

So nationalistisch wie die vier Alliierten und Japan und sogar Italien sind wir noch immer nicht und werden es auch als Euro-Wirtschaftsmacht nicht sein. Uns hat man den Chauvinismus gründlich ausgetrieben.

Wir wollen keine kriegerischen und keine friedlichen Eroberungen mehr, überdies keine A-, B- und C-Waffen. Was wir ebensowenig wollen, ist: ostentative Underdog-Behandlung 45 Jahre nach dem Ende des Krieges.

Mag sein, daß der Schlüssel im Kreml liegt und daß die Gorbatschows ihn noch lange weder drehen können noch wollen. Mag sein, aber das wird irgendwann anders. Dann wird niemand die Deutschen in Ost und West hindern, ihre Interessen wahrzunehmen. Die Bedingungen, unter denen das möglich wäre, können wir, wie so vieles, nicht voraussehen.

Es sollte nur niemand, wie das heute geschieht, mit dem Argument kommen, die Westdeutschen hätten gefälligst ihre Verträge in der Nato und in der EG einzuhalten, die westlichen Alliierten ihre Verträge mit den Westdeutschen aber nicht. Da wird man sich auf einer mittleren Linie der Vernunft einigen müssen, nicht aber auf der naturgemäß unvernünftigen Linie der „Sieger“. Wo der Gallier Brennus sein Schwert hineinwarf, ist keine Waagschale mehr.

ten sich die beiden mit dem Magdeburger SED-Bezirkschef Werner Eberlein und dem ZK-Sicherheitsexperten Herger getroffen.

Der Plan der vier: Günter Mittag, Chef der maroden Wirtschaft, und Joachim Herrmann, zuständig für Agitation und Propaganda, müßten gefeuert werden. Erich Honecker, der verdiente Generalsekretär, so beschlossen die Frondeure, solle bleiben – als Galionsfigur.

Doch der Plan war nicht zu verwirklichen: Der Alte an der Spitze erwies sich als starrköpfig. Da bot Erich Mielke, Minister für Staatssicherheit, seine Hilfe an. Er knüpfte Kontakte zum sowjetischen Generalsekretär Michail Gorbatschow. Wenn man die Macht der SED erhalten wolle, trugen die Verschwörer den sowjetischen Genossen vor, müßten in der DDR Glasnost und Perestroika her, und Honecker müsse weg. Außerdem komme man nicht umhin, die Grenzen zu öffnen.

Die Krankheit Honeckers, der im August an der Gallenblase operiert werden mußte und fürs Regieren ausfiel, kam den Putschisten zu Hilfe. Im September erhielten die Rebellen aus Moskau Bescheid. Gorbatschow sei einverstanden, teilte W. Mussatow, der im Gefolge des Politbüromitglieds Jegor Ligatschow unauffällig nach Ost-Berlin angereist war, dem Genossen Krenz mit.

Am 7. Oktober, dem 40. Jahrestag der DDR-Gründung, traf Krenz den Chef der KPdSU am Rande der Feierlichkeiten in Ost-Berlin zu einer konspirativen Unterredung. Danach war alles klar, der Sturz von Honecker nur noch eine Frage von günstiger Gelegenheit. Und die kam schneller als erwartet.

Am Abend des Jubeltages versammelten sich, während im Palast der Republik das Politbüro mit Gorbatschow und handverlesenen Gästen feierte, in der Nähe des Palastes mehrere tausend DDR-Bürger zu lautstarkem Protest. Die alten Männer drinnen verstanden den Aufruhr zunächst falsch: Sie eilten erfreut auf die Balustrade, weil sie glaubten, die Menge käme, um ihre Führer hochleben zu lassen.

Nur Mielke wußte, was da heranbrandete – der 81jährige war untergetaucht, um die Demo hautnah zu beobachten. Bilder vom Stasi-Chef als heimlichen Demonstranten kursieren inzwischen im DDR-Außenministerium.

Am nächsten Abend trafen sich Krenz, Schabowski und Mielke und verabredeten, es müsse Schluß sein mit dem brutalen Vorgehen, von nun an dürfe kein Blut mehr fließen. Als am 9. Oktober in Leipzig 50 000 mit dem Ruf auf die Straße gingen „Wir sind das Volk“, war Krenz persönlich vor Ort. Obwohl der Schießbefehl Honeckers schon bereit lag, sorgte er dafür, daß die Verabredung vom Vortag hielt.



Modrow-Stellvertreterin Luft
Renommierte Wissenschaftlerin

Neun Tage später, am 18. Oktober, kippte das Zentralkomitee der SED den 77jährigen Generalsekretär aus seinen Ämtern, letzten Donnerstag forderte Krenz ihn auch auf, seinen Sitz in der Volkskammer freizugeben.

Der endgültige Abgang der gestern noch mächtigen Alten vollzog sich als Groteske – TV-live vor der Öffentlichkeit bei der Volkskammersitzung. „Ich entschuldige mich ganz offen, vor allem bei der Freien Deutschen Jugend“, stammelte ein weinerlicher Horst Sindermann, der als Parlamentspräsident wochenlang eine Sondersitzung hinausgezögert hatte, um seinen Kopf zu retten.

Vor den Abgeordneten stand ein gebrochener Greis im ausgebeulten Anzug, die Schultern gebeugt, der um die Nachsicht jener bettelte, die er gestern noch verachtet hatte.

Die große Reinwaschung versuchte auch Willi Stoph, seit 1953 im Politbüro und insgesamt 22 Jahre lang Ministerpräsident; er redete sich raus, „bekanntlich“ sei die Kompetenz des Ministerrates seit eh und je „wesentlich eingeschränkt“ gewesen. Und erst auf bohrende Abgeordnetenfragen nannte er Schuldige für die Misere des Landes: Honecker und Mittag. In Modrows Regierungserklärung blieb nur noch einer übrig – Mittag.

Sonst ist es keiner gewesen; selbst Stasi-Mielke nicht, vor dem Millionen in der Ost-Republik jahrelang gezittert haben.

Als ein Abgeordneter von Mielke zu wissen begehrte, was der von Mittags Machenschaften gewußt und was er dagegen unternommen habe, geriet der kleine Mann, der doch eben noch zu Honeckers Sturz beigetragen hatte, in helle Aufregung. Im ersten Redebeitrag

seiner 31jährigen Parlamentskarriere erntete der 81jährige sogleich brüllendes Gelächter: „Wir vertreten die Interessen der Werktätigen. Wir haben außerordentlich hohen Kontakt mit den Werktätigen.“ Dann das absurde Geständnis: „Ich liebe euch doch alle.“

Der Mann, der mit seinem menschenverachtenden Apparat die Bürger jahrelang in Angst gehalten hatte, wirkt nun, da das Volk die Angst verloren hat, nur noch lächerlich.

Ob Hans Modrow, der Reformator, mit seinem Programm der Selbstreinigung und Reformbereitschaft wirklich durchkommt, entscheidet sich auf ein paar zentralen Problemfeldern.

Das Volk erwartet von ihm zuallererst ein Gesetz, das freie, geheime und transparente Wahlen ohne jede Möglichkeit der Manipulation garantiert und zu-



Sicherheitschef Schwanitz
Weiterhin Skepsis

gleich die Zulassung neuer oppositioneller Parteien festschreibt. Versucht der Ministerpräsident hier einen Trick, hat er verspielt.

Macht er sich und seine SED aber ehrlich, läuft er hohes Risiko: Allenfalls 15 bis 30 Prozent geben selbst optimistische Genossen ihrer Partei bei freien Wahlen – zum Sterben zuviel, zum Regieren zuwenig.

Die Folge könnte eine Spaltung der Partei nach ungarischem Muster sein. Schon rütteln die noch gestern der SED-hörigen Blockparteien an der Verfassung. Der Artikel 1, der die führende Rolle der SED verankert, müsse fallen, forderten am Montag letzter Woche in der Volkskammer zahlreiche Redner.

Entscheidend könnte der Zeitpunkt werden, zu dem Modrow Neuwahlen ansetzt – möglichst spät, fordern die einen in der SED. Ein Termin 1991 nut-



Modrow-Stellvertreter de Maizière
Untadeliger Ruf

ze zwar auch den Oppositionsgruppen, wichtiger jedoch sei, daß die SED mit Modrows Hilfe bis dahin aus der Talsohle herauskommen könne. Möglichst rasch, fordern die anderen, damit der Opposition keine Zeit bleibe, sich zu formieren und zu profilieren.

Exakt in jene Vorwahlzeit fallen aber auch die nötigen Reinigungs- und Aufräumarbeiten in der SED. Ein Ausschuß der Volkskammer wird Korruption und Amtsmissbrauch der früheren Regierung und ihrer Funktionäre untersuchen – die Wirtschaftsführung des einst allmächtigen Mittag, dem der Prozeß gemacht werden soll, ebenso wie die dubiosen Devisengeschäfte des ZK-Mitglieds und Staatssekretärs im Außenhandelsministerium Alexander Schalck-Golodkowski (siehe Seite 49). Solche und andere Enthüllungen über die privaten Geschäfte der ehemaligen Führungsschicht werden das Volk nicht sonderlich ermuntern, freiwillig SED zu wählen.

Und die Wähler werden mit Argusaugen darüber wachen, wie ernst es Modrow mit der Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) ist. Gegenüber der Stasi sitzt das Mißtrauen besonders tief. Noch können sich die meisten DDR-Bürger nicht vorstellen, daß die allgegenwärtigen Gesinnungsschnüffler aus Telefonen, Betrieben, Behörden, Kneipen und Postämtern auf ewig verschwinden.

Daß der Ministerpräsident an die Spitze des neugeschaffenen Amtes für Nationale Sicherheit einen altdiensteten Stasi-Mann setzte, dürfte die Skepsis im Land nicht verringern: Der Amtsleiter, Generalleutnant Wolfgang Schwanitz, 59, arbeitet seit 1951 beim MfS, seit 1974 läßt der Chef der Ost-Berliner Be-



Entmachteter Mielke
„Ich liebe euch alle“

zirksverwaltung die Bürger der Hauptstadt observieren.

All das aber sind Bagatellen im Vergleich zu dem, was der Sisyphos Modrow in der ostdeutschen Wirtschaft bewegen muß (siehe Seite 21).

Die Funktionäre auf allen Ebenen sind ratlos, wie es weitergehen soll. Im Zentralinstitut für Wirtschaftsführung beim ZK der SED sorgen sich die Genossen ernsthaft um das Leben ihrer Oberen: Das Volk werde die Verantwortlichen aufknüpfen, wenn die SED sämtliche Wirtschaftsdaten offenlege.

Das Institut hat alle Lehrgänge abgesagt und bereitet seine Auflösung vor. Auch die Kreis- und Bezirksparteischulen der SED haben ihre Pforten geschlossen – keiner der Dozenten weiß, was er den Genossen als Zukunftsperspektive aufmalen soll.

Für den Spitzengenossen Egon Krenz ist schon die unmittelbare Zukunft verdüstert. Er weiß noch nicht einmal, ob er den nächsten Monat und den außerordentlichen Parteitag vom 15. bis 17. Dezember in seinem Amt übersteht, nachdem sein Plan gescheitert ist, statt eines Parteitags nur eine Parteikonferenz mit beschränkter Zuständigkeit einzuberufen. Unvergessen sind bei der Bevölkerung der Betrug bei den Kommunalwahlen, für den er noch im Mai verantwortlich zeichnete, und die Sprüche, mit denen der 52jährige das Massaker der chinesischen Hardliner rechtfertigte.

Auch führende Genossen in der SED zweifeln sehr daran, daß der Genosse Krenz nach der Neuwahl des Zentralkomitees wieder an die Spitze der angeschlagenen Partei berufen wird.

Ein Nachfolger steht schon bereit: Günter Schabowski, bis zum 14. November Chef des SED-Bezirks Berlin, jetzt ZK-Sekretär für Informationswesen und Medienpolitik, einer der gewandtesten in der gewendeten Führung. Der 60jährige hatte als erster dem aufgebracht

Volk die Kehle geboten: Freimütig übte er Selbstkritik, bitter beklagte er, daß der SED niemand mehr über den Weg traue und alle guten Vorschläge nur als „Falle“ verstanden würden. Geschickt verstand er es, durch professionelle Offenheit die Journalisten zu ködern und sich auch im SED-Apparat unentbehrlich zu machen.

Schauspielerisch gekonnt, taktisch klug auch die Art, wie „Schabbi“ dem Volk die Öffnung der Grenzen präsentierte. Die Mauer schlagartig durchlässig zu machen, um damit die Bürger vom Ernst ihrer Reformabsicht zu überzeugen, gehörte schon zur Putschpartitur der vier Verschwörer vom

Bundesrepublik fahren. Die Ost-Berliner nahmen, mit nur geringer Verzögerung, die Botschaft ernst. Der Run auf die Übergänge setzte ein.

Das alarmierte Horst Brünner, Generaloberst der Nationalen Volksarmee und stellvertretender Verteidigungsminister, und ein paar Gesinnungsfreunde vom harten Kern der SED. Brünner verlangte die sofortige Schließung aller DDR-Grenzen, die nach Prag eingeschlossen, um die Republik zu retten.

Doch Krenz und die Seinen behielten Nerven und die Oberhand. Schabowski ließ sich eilig an die Mauer fahren und befahl nach gründlicher Inspektion der Lage den Grenzkommandeuren: Macht die Schlagbäume auf.

Daß aber auch der gewendete Schabowski noch der alte geblieben ist, führte er den Genossen vor, die sich am Morgen vor der Wahl von Krenz zum neuen Staatsratsvorsitzenden in der SED-Fraktion versammelt hatten. Da zeigte der alte Wolf, der in den letzten Wochen viel Kreide fraß, die Krallen: Auf die Kirche sei kein Verlaß, weil sich deren Führer mit immer neuen Enthüllungen über die Ausschreitungen der Staatsorgane am 7. Oktober an der „Demontage“ der SED und ihres Generalsekretärs Krenz beteiligten; dort gebe es auch „weitere Unterlagen mit diesem, sage ich mal, belastenden Material“, dessen Veröffentlichung durch die Kirche unbedingt verhindert werden müsse. Schabowski: „Ich sage, Genossen, das ist Politik.“ Er habe dem Konsistorialpräsidenten Stolpe vorgeschlagen, der SED das Material zu übergeben.

Als die Kirche die Dokumente trotzdem veröffentlichte, drohte Schabowski in einem Telefongespräch mit Stolpe, die Rolle der Kirche in der DDR müsse wohl „umbewertet“ werden. Aufs Zuckerbrot folgt immer noch die Peitsche – auch in der gewendeten DDR.



Entmachteter Stoph
„Kompetenzen eingeschränkt“

Januar. Den konkreten Plan hatte das Quartett vorletzte Woche noch nicht einmal dem neu formierten Politbüro beraten.

Als Schabowski die Sensation am Abend des 9. November im DDR-Fernsehen eher beiläufig mitteilte, unterlief ihm eine Panne. Eigentlich sollten die DDR-Tore erst am Freitagmorgen um acht öffnen; von 0.30 Uhr an sollten die Grenzwächter mit dem Durchbruch der Mauer für neue Übergänge zwischen Ost und West beginnen.

Doch auf Schabowskis Spickzettel stand, die DDR-Bürger könnten „ab sofort“ nach West-Berlin und in die



Entmachteter Sindermann
„Ich entschuldige mich“